

Vollbeschäftigung, Einkommensverteilung und Globalsteuerung

Thesen zum Seminar „Politik der Arbeit“ vom 29. bis 30. November 2002

Vollbeschäftigung und Einkommensverteilung sind ursächlich miteinander verknüpft. Aus neoliberaler Sicht ist eine ungleiche(re) Verteilung – insbesondere durch Niedriglöhne „unten“ und „Anreizeinkommen“ „oben“ – eine der Voraussetzungen für mehr Beschäftigung, vor allem wenn nationale Ökonomien unter Globalisierungsdruck stehen. Die Empirie bestätigt diesen Zusammenhang aber überhaupt nicht. Nach ihr gilt vielmehr der entgegengesetzte Konnex: ohne relativ gleichmäßige Verteilung kein ausreichendes Wachstum, kein befriedigendes Beschäftigungsniveau, keine gute Wettbewerbsfähigkeit. „Verteilung“ heißt dabei sowohl die Einkommensverteilung bzw. Wohlfahrtsverteilung innerhalb der privaten Haushalte wie zwischen dem privaten Sektor einerseits (Haushalte und Unternehmen) wie dem öffentlichen Sektor andererseits, der auf Einnahmen von den Privaten angewiesen ist, um für sie damit öffentliche Leistungen sicherzustellen.

Der Fall USA hat schon seit längerem belegt, dass sich viele neoliberale Positionen nicht halten lassen; zuletzt hat sich das vermeintlich „wundervolle“ Vorbild unerwartet selbst durch den „Enron-Komplex“ vollends entzaubert. Der Fall Deutschland zeigt exemplarisch zumindest seit den 80er Jahren die relative Austrocknung von privater und öffentlicher Binnennachfrage, d.h. des Motors der ökonomischen Entwicklung überall, durch eine problematische Verteilung. Insbesondere die private Kaufkraft wird immer stärker belastet: auf der Bruttoebene durch atypische, also auch meist „billigere“ Beschäftigungsverhältnisse, durch allgemeine Lohnzurückhaltung, durch spezielle Lohnspreizung (West-Ost-Lohngefälle, Armut in der Arbeit trotz Vollzeitbeschäftigung), auf der Nettoebene durch steigende Abgaben trotz diverser „Steuerreformen“. Die Nettolohnquote, die früher mehr als die Hälfte der privaten Kaufkraft lieferte, weist nur noch einen Anteil von 43 vH am privat verfügbaren Volkseinkommen auf. Hier liegt eine wesentliche Ursache für die schwache Dynamik des privaten Konsums in den letzten Jahren. (Zwar wird diese Schwäche teilweise durch eine sinkende Sparquote kompensiert. Aber so weit sinken wie in den USA wird und darf sie nicht, weil sonst wie dort die mittelfristige nationale Investitionsfinanzierung der Unternehmen wie die langfristige Altersvorsorge der Privaten gefährdet wird). Zusätzlich wurde die öffentliche „Kaufkraft“ geschwächt, weil die scheinbar wachstumsfreundliche Steuerentlastung der Unternehmen und der Bezieher hoher Einkommen und Vermögen (als vermutete „Leistungsträger“) die öffentliche Einnahmehasis für Sozialleistungen wie für Infrastrukturinvestitionen immer schmaler macht. Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögen am gesamtwirtschaftlichen Steueraufkommen, der einmal rund 33 vH betrug, beläuft sich heute nur noch auf rund 10 vH. Die Folge ist öffentliche Sparpolitik – verstärkt durch die restriktiven Verschuldungskriterien der Maastrichter Verträge – mit ebenfalls

negativen Folgen für die aktuelle Konjunktur wie für das zukünftige Wachstum. Der Anteil öffentlicher Investitionen am Bruttoinlandsprodukt ist innerhalb der 90er Jahre von 3 vH auf 1,5 vH gesunken, ein im internationalen Vergleich niedriges Niveau. Insbesondere die mit der Sparpolitik zunehmende Vernachlässigung der harten und weichen Infrastruktur, darunter vor allem des Bildungssektors, stellen gerade die langfristige Wettbewerbsfähigkeit in Frage. Das heißt auch: der deutsche Export, der trotz relativ hoher Löhne und Sozialleistungen und trotz der „Globalisierung“ immer wieder Rekorde erzielt, dürfte unter diesen Umständen seine ohnehin schon begrenzte „Kompensationsfunktion“ in absehbarer Zeit nicht mehr erfüllen können.

Die heutigen Exporterfolge zeigen immerhin, dass die Globalisierung weitgehend eine Schimäre ist, die sich als politisches Druckmittel nach innen auf die nationale Ebene richtet. Dem Druck nachzugeben heißt aber, auf Dauer falschen und uneinlösbaren Versprechen anzuhängen; erzeugt wird vom Nachgeben viel mehr das Gegenteil dieser Versprechen. Die Ursachen für die Arbeitsmarktmisere und andere Probleme sind also weitgehend nationale. Deshalb liegt der Schlüssel für die Lösung der Beschäftigungs-, Konjunktur- und Wachstumsprobleme nach wie vor auch auf der nationalen Ebene – und dort weitgehend in einer Korrektur der o.g. Verteilungsentwicklung. Solche Korrekturen werden jetzt nach der Bundestagswahl von der Politik erstmals selbst diskutiert (Stabilisierung der Gewinnsteuereinnahmen, Entlastung der Kommunen von „fremdbestimmten“ Aufgaben und Ausgaben, Reform von Vermögen-, Erbschaft- und Zinseinkommensbesteuerung). Aber die Politik ist dabei bisher viel zu zaghaft – während sich die Gewerkschaften aktuell im Zusammenhang mit der Öffentliche Dienst-Tarifrunde bisher zumindest intensiv bemühen. Diese Übervorsicht der Politik hat sicher auch mit Warnungen vor Verteilungskorrekturen zu tun, die auf „globalisierungsverbrämte“ Stichworte wie Kostenbelastung, Steuerflucht, Einschränkung des nationalen Handlungsspielraums usw. zurückgehen. Aber solche Warnungen sind weitgehend nicht gerechtfertigt bzw. entsprechende Probleme sind auf nationaler Ebene weder zwingend noch unbewältigbar. Insgesamt löst sich damit auch der vom neoliberalen Standpunkt behauptete „unüberwindbare“ Gegensatz zwischen ökonomischer Effizienz und sozialer Gerechtigkeit auf; zwischen beiden Ebenen herrscht statt dessen ein harmonisches Verhältnis.

Literatur:

Schäfer, Claus (2002): Ohne gerechte Verteilung kein ausreichendes Wachstum – WSI-Verteilungsbericht 2002, WSI-Mitteilungen 11/2002